chronik

8. April – Rektor Lüers verbietet eine Podiumsdiskussion zum 8. Mai, weil Erich Kuby teilnehmen soll, der 1958 „beleidigende Äußerungen" über die FU tat. Erneuerung des Redeverbots für Kuby.

8. Mai – Protestversammlung der Studenten gegen das Redeverbot. Podiumsdiskussion mit Kuby in den Räumen der Technischen Uni.

14. Mai – Dr. Ekkehart Krippendorf im „Spandauer Volksblatt" gegen das Vorgehen des Rektors. Unter anderem sei auch der eingeladene Karl Jaspers auf Betreiben des Rektors ausgeladen worden.

18. Mai – 4000 Studenten unterschrieben bisher Protest gegen das Redeverbot. Vorlesungsstreik im Otto-Suhr-Institut.

19. Mai – Berichtigung Krippendorfs, da die Ausladung Jaspers' nicht zu beweisen war.

28. Mai – Schriftliche Entschuldigung Krippendorfs beim Rektor. Bei der Immatrikulationsfeier wird ASTA-Vorsitzender Lefèvre am Sprechen gehindert, als er auf die Kuby-Affäre eingeht.

10. Juni – Rektor teilt Krippendorf die Nichtverlängerung seines Vertrages mit – praktisch fristlose Entlassung.

12. Juni – Burschenschaftstreffen in Westberlin, an dem trotz der satzungsgemäßen Korporiertenfeindlichkeit der FU ihr Rektor teilnimmt und Prof. Bettermann die Korporationen aufruft, Ordnung an der FU zu schaffen.

10. Juli – CSU beschuldigt FU-ASTA der kommunistischen Unterwanderung.

22. Juli – Senator Stein kündigt mögliches staatliches Eingreifen an.

24. Juli – 5 Studentengruppen fordern Demokratisierung der FU u. a. durch Beteiligung der Studenten und Assistenten an der Rektorwahl.

28. Juli – Veröffentlichung eines Rektorbriefes, der die Richtigkeit von Krippendorfs Behauptung bezüglich Jaspers' beweist.

29. Juli – CDU-Amrehn hetzt gegen „linksradikale Elemente" im ASTA, warnt vor politischem Engagement der Studenten.

Demokratie oder Notstand?

Soll Amrehns giftiges Gewäsch tatsächlich unschöner Ausklang der schwersten Krise der „Freien Universität" sein? Einige hoffen das – sie scheinen von den inzwischen laufenden Semesterferien und der Tatsache, daß mit Semesterbeginn turnusgemäß ein neuer Rektor amtieren wird, begünstigt. Dagegen spricht einmal, daß Lüers Prorektor bleibt, und die Schwere der Krise, die längst nicht mehr auf die Person des Rektors beschränkt ist. Auf beiden Seiten nicht – Studenten verlangten eine generelle Demokratisierung der Universität, die Vertreter der Reaktion, wie CSU und auch die „Frankfurter Allgemeine" möchten die Gelegenheit nutzen, die an der Westberliner FU tatsächlich weiter als in Westdeutschland geltenden demokratischen Rechte der Studentenschaft schleunigst abzubauen.

Sebastian Haffner nannte die Vorkommnisse an der FU „die alte tiefsitzende deutsche Vorstellung vom Obrigkeitsstaat. Der Soldat soll gehorchen, der Arbeiter arbeiten, der Pastor predigen, der Student studieren – die Politik sollen sie alle der Obrigkeit überlassen, die sich besser darauf versteht." Was bei Herrn Lüers so recht offensichtlich zweifelhaft wurde, als er Italiens Staatspräsidenten, dem damaligen Antifaschisten Saragat, versicherte, Giovanni Gentile sei „in Deutschland hoch geehrt" (Gentile war Mitglied des „Großen Faschistischen Rates", Verfasser der „Grundlage des Faschismus" und wurde 1944 von Antifaschisten gerichtet)!

Im Lichte solchen Geistesblitzes sollte man beurteilen, was Lüers tat – und was er, der angeblich nur um Geist und

Einmal konnten die Westberliner sogar über den sonst nur Entrüstung auslösenden Rektor Lüers lachen, als er den Kennedy-Schwager Sargent Shriver nach einer FU-Visite auf Englisch vor versammeltem Auditorium verabschiedete: „It was, as if the ghost of Kennedy was here." Der Mann aus Amerika hatte bei der Veranstaltung keineswegs eine Geistererscheinung („ghost") des toten US-Präsidenten bemerkt, bestenfalls kennedyschen Geist („spirit").

Ruf der FU besorgt war, unterließ: den Korporiertenfreund und Demokratenfresser Prof. Bettermann wegen Verstoßes gegen die FU-Satzung zu rügen; den ASTA gegen die Vorwürfe der CSU zu verteidigen . . .

Die Studenten tun gut daran, auf solchen Mann und solche Politik zu achten.

gedanken

fakten

Studentenaktionen gegen Notstandsgesetze

Auf dem Platz vor der Münchner Universität steht eine große Plakattafel, auf der die Notstandsgesetzgebung als Kriegsvorbereitung gebrandmarkt wird. In Flugblättern, die Mitglieder verschiedener Studentenorganisationen, darunter des SDS, in der ganzen Innenstadt verteilten, werden die Wähler aufgerufen, die Kandidaten für die Bundestagswahl zu einem Nein gegen die Notstandsgesetze zu verpflichten.

40 Professoren für DFU

300 Persönlichkeiten der Bundesrepublik, unter ihnen 40 Professoren, haben eine Erklärung zu den Bundestagswahlen veröffentlicht, in der sie empfehlen, DFU zu wählen: „ . . . es geht heute darum, einer neuen zukunftsweisenden Politik den Weg zu ebnen. Wir haben dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht mehr zum Ausgangspunkt eines Weltkonflikts wird." Zu den Professoren gehören u. a. Bense, Gollwitzer (Stuttgart), Reigrotzki, Voigt (Marburg).

Angriff gegen „Diskus"

Weil die Frankfurter Studentenzeitung „Diskus" in ihrer letzten Ausgabe mit einem Artikel „Der Kampf um die Verfassung" vor den Auswirkungen der Notstandsgesetze warnte, versucht der Senat mit Hilfe arg umstrittener „Befugnisse" dem relativ vielgelesenen Studentenblatt den Garaus zu machen.

Nobelpreisträger-Protest

Die Nobelpreisträger der Bundesrepublik planen nach Angaben des sozialdemokratischen Pressedienstes einen gemeinsamen Protest gegen die Wissenschaftspolitik der Bundesregierung. Die SPD fordert dazu auf, diesem Protest eine breite Unterstützung zu leihen.

SOTIRIS PETROULAS war 25 Jahre alt, Student der Hochschule für Handel und leitender Funktionär der fortschrittlichsten Jugendorganisation Griechenlands, der „Demokratischen Jugend G. Lambrakis". Er wurde am 21. Juli gegen 23 Uhr durch eine Tränengasbombe ermordet, die in seiner unmittelbaren Nähe explodierte und eine tödliche Gehirnerschütterung hervorrief. Erst nach stundenlangem Kampf konnte die Polizei daran gehindert werden, seinen Leichnam verschwinden zu lassen. Die Bestattung Petroulas' am 23. Juli wurde zur eindrucksvollsten Manifestation, die Athen je erlebte. Die „Demokratische Jugend G. Lambrakis" beschloß, eine breitere Jugendorganisation zu gründen, die den Namen „Sotiris Petroulas" tragen wird. Den nachstehenden Auszug aus „Avghi" vom 24. 7., dem EDA-Organ, übersetzte uns Dozent Stratis Tsiradsidis (Institut für Pädagogik). Für den deutschen Leser muß noch gesagt werden, daß sich alle Anspielungen auf den gleichaltrigen, ebenfalls 25jährigen König Konstantin beziehen.

zitate

DER HELD

Schrecken ist den Angehörigen des königlichen Hofes und ihren Schergen, den Mördern von Sotiris Petroulas, in die Glieder gefahren durch die endlosen Menschenmassen, die wie ein stürmisches, aufgeregtes Meer hinter dem Sarg des Helden marschierten. Vor der erhabenen Größe dieser unvergleichbaren Kraftschau des Volkes erkannten die Henker ihre eigene Nichtigkeit und Lächerlichkeit.

Mit beklommenen Herzen und verweinten Augen begleitete das griechische Volk und seine heroische Jugend den für die Demokratie gefallenen teuren Toten zu seiner letzten Ruhestätte. An seinem frischen Grabe, das sie in einen Berg von Nelken verwandelten, schwuren sie, den heiligen Kampf bis zum Siege, bis zur Wiederherstellung der souveränen Rechte des Volkes bis zum Triumph der Demokratie fortzusetzen.

Die Freunde dieses fünfundzwanzigjährigen Helden, die auf ihren starken Armen den Sarg ihres lieben Kameraden trugen, sind keine verkommenen Sprößlinge blaublütiger Familien, keine lächerlichen Titelträger, denen nur die wohlklingenden Namen und die großen Uniformen geblieben sind und die man aus ihrer Heimat mit Fußtritten davongejagt hatte; sie sind keine aristokratischen Parasiten. Die Freunde von Sotiris Petroulas sind stolze Söhne des griechischen Volkes, die ihre Heimat und die Demokratie lieben und deshalb vom Volk geliebt und geachtet werden; sie sind Kinder der schweren Arbeit und des Kampfes um das Leben, voll von

Würde und Träumen nach einer hellen, hoffnungsvollen Zukunft, nicht allein für sich selbst, sondern auch für das ganze griechische Volk und die ganze griechische Jugend; sie sind die echten und typischen Vertreter der heldenhaften neuen griechischen Generation.

Sotiris wohnte in keinem der Paläste und Villen mit fremdklingenden Namen. Er war nie keinem Großindustriellen verschwägert; er erhielt keine Einladungen von Großreedern auf privateigene Inseln und luxuriöse Jachten. Er zahlten keine Dritten die Mitgift seiner Schwestern. Er war ein wirklich einfacher Mensch. Durch seine Arbeit und seine Mühe, durch die Arbeit und die Mühe seines Vaters versuchte er seinen Lebensunterhalt zu verdienen und sein Studium zu finanzieren. Unter Entbehrungen kämpfte er darum, Kenntnisse und Bildung zu erwerben. In der Schule war Sotiris Petroulas der Beste . . . Dieser fünfundzwanzigjährige Held wurde nicht so erzogen, daß er glaubte, er könne das Volk verachten, oder daß ihm irgendwelche theokratischen mittelalterlichen Auffassungen das Recht einräumten, sich selbst als ein besonderes, höheres Wesen zu betrachten. Sotiris Petroulas wußte, daß das erste Prinzip der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt, daß alle Menschen, unabhängig von Stellung, Farbe und Rasse, gleich geboren werden. Er wußte, daß der Herr in diesem Lande und die Quelle jeder Macht das Volk selbst ist. Und er lernte, dieses Volk zu achten und für sein Wohl alles zu opfern . . .

Und trotzdem ist dieser junge Mann von 25 Jahren, Sotiris Petroulas, nicht tot. Er hat sich zum Symbol seiner kämpferischen nationalen Gemeinschaft erhoben. Gerade solche Symbole sind es, die das Volk und die Jugend um sich sammeln. Eben diese hervorragenden Symbole geben die Garantie, daß die Verfassung restituiert werden wird, daß der Faschismus und die Monarchie „von Gottes Gnaden" nicht durchkommen, daß die Demokratie leben und vorwärtsmarschieren wird, daß bessere Zeiten für das hartgeprüfte, jedoch immer standhaft gebliebene Volk Griechenlands kommen werden.

fakten

KZ-Experimentierarzt lehrt in Bonn

Professor Dr. Siegfried Ruff von der Bonner Universität hat während der Nazizeit im KZ Dachau „an Versuchen teilgenommen oder (ist) für Versuche verantwortlich gewesen . . ., die Menschen in Gefahr" brachten, das brachte der Assistent Dr. med. Alfred Jahn jetzt wieder zur Kenntnis. Obwohl außerhalb der Universität auch vorher schon zwei Weltkongresse der Luftfahrtmediziner in Westdeutschland platzten, weil Ruff zum Vorbereitungskomitee gehörte, gibt es trotz solcher Forderungen Jahns noch keine Stellungnahme der Universität dazu.

Katholisches Bildungsdefizit

Beweise für die Unzulänglichkeit der Konfessionsschulen im allgemeinen und für das „Bildungsdefizit" der katholischen Schulen insbesondere brachte jetzt die Auswertung einer Volkszählung 1961 in Rheinland-Pfalz: Während 56 Prozent der in Rheinland-Pfalz wohnenden Männer katholisch sind, gehören nur 49 Prozent der Männer mit abgeschlossener Hochschulbildung zur katholischen Konfession.

Kölner Medizinstudenten fordern mehr Arbeitsplätze

Neue Arbeitsplätze in der Medizinischen Fakultät zu Köln sowie eine hinreichende Versorgung der Anatomischen Institute mit Sektionsgut für die Präparierkurse hat die Studentenvertretung dieser Fakultät gefordert. In einem offenen Brief an Kulturminister Paul Mikat äußert sie Besorgnis darüber, daß die Medizinische Fakultät Köln eine Immatrikulationssperre für Bewerber der vorklinischen Semester beschlossen hat.

Finanzbremse im Hochschulbereich

Statt 60 Millionen DM mehr werden Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft maximal 18 Millionen erhalten, statt 500 Millionen Bundeszuschuß für den Aufbau der bestehenden Hochschulen gibt es höchstens 285 Millionen. Damit werden die bereits eingeschränkte Bautätigkeit in Niedersachsen, der schon verlangsamte Ausbau des Mittelbaus in Nordrhein-Westfalen wie auch der fast eingestellte Ausbau der Kieler Universität weiter gebremst.

fakten

Ein aufgezäumter Schwanz

Was würde man von einem Arzt sagen, der – anstatt nach den Ursachen einer Krankheit zu forschen – einfach einem Symptom der Krankheit verbietet zu existieren? Eine Schildbürgerei dieser Art wurde jedoch neulich allen Ernstes im westdeutschen Hochschulwesen beschlossen. Die westdeutsche Rektorenkonferenz reglementierte: Wer in Köln, Hamburg oder Heidelberg künftig zwei Semester länger als vorgesehen studiert, darf die vielgepriesene akademische Freiheit nicht länger genießen. Dies sei „ein Schritt in Richtung auf die Hochschulreform".

Nun klingt das zunächst sehr plausibel. Man will den ewigen Bummelstudenten endlich auch abschaffen, den Fabrikantensöhnchen-Studenten, der das burschenschaftliche Leben bis zu seiner Pensionierung fidel findet. Zugegeben, daß es in den westdeutschen Hochschulen – was ebenfalls charakteristisch für den Bonner Staat ist – diese Sorte von Parasiten durchaus noch gibt und daß sie von den Korporationen direkt gezüchtet werden, dennoch machen sie wohl nicht die Hälfte der Studenten aus. Und das ist eben Tatsache: In Westdeutschland studieren im Durchschnitt 50 Prozent länger, als es die Prüfungsordnungen von ihnen verlangen. Kein Wunder, daß da die Universitäten hoffnungslos überfüllt sind und der Hochschulnotstand immer himmelschreiender wird.

Die überlangen Studienzeiten sind jedoch nicht die Ursache dieses Notstandes, sondern eine seiner Folgen. Während Milliarden Mark für die atomare Aufrüstung verpulvert und für die Notstandsverordnung fortgeworfen werden, fristet die Wissenschaft im sonst so aufgeputzten Westzonenstaat ein Aschenputteldasein. Nur knapp 20 Prozent aller Studenten erhalten ein Stipendium. Über 22 Prozent sind gezwungen, sich ausschließlich durch Werkarbeit durchzuschlagen, was oft so aussieht, daß erst einmal ein Semester lang Geld verdient werden muß, damit dann wieder ein Semester studiert werden kann. Durch den schleppenden Aus- und Neubau von Universitäten reichen die Kapazitäten nicht vorn und nicht hinten, so daß manch einer seine Testate ohne eigenes Verschulden nicht einbringen kann.

Neben solchen rein materiellen Gründen gibt es noch einen anderen, der in der staatserhaltenden Altmodischkeit und Zurückgebliebenheit des westdeutschen Hochschulwesens begründet ist. Es gibt keine maßvolle Beschränkung auf ein in vier oder fünf Jahren tatsächlich erlern- oder anwendbares Grund- und Spezialwissen, es fehlen feste Studienordnungen.

Der westdeutsche Hochschulnotstand ist nicht durch das Abschaffen einer seiner Folgen zu beseitigen. Die wissenschaftsfeindliche Politik der Atomrüstung, des Revanchismus und des geistigen Notstandes muß beseitigt werden. Ob die westdeutschen Rektoren nicht besser beraten wären, wenn sie einmal prüften, weshalb bei uns die Studienzeitüberschreitung kein solches Problem ist?

karo

kommentare

Noch einmal HANS LORBEER: Nach mehrmaligem Briefwechsel „wäre ja nun alles gut. Bis auf einen kleinen Umstand: ich bin öffentlich angeschuldigt, aber nicht öffentlich wieder entschuldigt worden". Wir sind gern bereit, soweit unser Verständnis für die im zweiten Brief ausführlich dargelegten Gründe als auch den Willen zu versichern, seine „schlechten Erfahrungen mit einer guten" abzulösen. Wir bedauern dennoch, daß statt des zweiten Briefes erst der „grobe" röngling, fragen uns aber nichtsdestotrotz auf die nun im Klubhaus „Kalinin" von der FDJ-Kreisleitung geplante Veranstaltung mit Hans Lorbeer.

Wir verstehen nicht...

... die Ungeduld der UGL, die schon jetzt die FDJ-Kreisleitung wegen einer nicht erfüllten Bitte vom 25. Mai mahnt. Was denkt sich die Genossenschaft eigentlich? Zwei Studentinnen sollen vorgeschlagen werden, um im Frauenausschuß mitzuarbeiten. Das muß doch gründlich beraten werden – die FDJ hat's schon im Perspektivplan aufgenommen.

zitate

Prof. Zimmerli, Rektor der Uni Göttingen

Wenn die Sonnenforschungsstation des Göttinger Astronomischen Lehrstuhls für drei Monate eingestellt werden muß, weil die Mittel fehlen; Wenn die Niedersächsische Staats- und Universitäts-Bibliothek in Göttingen mitteilen muß, daß sie seit Anfang Juni Neuerscheinungen nur noch kaufen kann, soweit frühere Verpflichtungen vorliegen, und noch in diesem Etatjahr Zeitschriften-Abonnements in großem Umfange kündigen muß; wenn Institutsleiter der Math.-Nat. Fakultät nicht mehr imstande sind, ihre Doktoranden an Arbeiten zu setzen, sondern Pausen einschalten müssen; und wenn dann im gleichen Zeitpunkt der Forschungsgemeinschaft die Bedürfnisse von 122 Millionen um 17 auf 116 Millionen gekürzt werden, dann sind das Sturmzeichen. („Die Welt", 6. 3. 65)

glossen

Es ist schwer zu entscheiden, worüber man zuerst den Kopf schütteln soll

– über die Idee, Spenden für ein südkoreanisches Studentenzentrum mit Hilfe von Freibier als „Belohnung" zusammenzukriegen

– oder über die Begründung, mit der das Rektorat der Universität Bonn solches auf Universitätsgelände untersagte: „Der kuriose Gedanke eines Freibierausschankes kann zumal einige Tage nach der „Aktion 1. Juli" vom Rektor nicht gebilligt werden . . . Wir können es auch nicht verantworten, daß während der Vorlesungszeit an die Studenten Bier ausgeschenkt wird, weil die Möglichkeit besteht, daß die Studenten dann mehr oder weniger angeregt in den Vorlesungen erscheinen."

Letztere Gefahr war besonders groß, da je Student an jedem der drei vorgesehenen Tage grad 0,00833 Liter zur Verfügung standen.